



AUTOREN



Prof. Dr. Henning Vöpel

*Henning Vöpel ist Direktor und Mitglied der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).
Tel.: 040 - 34 05 76 - 200*



Hendrik Hüning

*Hendrik Hüning ist als Junior Researcher am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) tätig.
Tel.: 040 - 34 05 76 - 353*

GRIECHENLAND

Schuld(en) und Sühne oder Tsipras' letzte Drohung

War es das mit Griechenland? Kommt es nun zur Staatsinsolvenz und zum anschließenden Grexit? An diesem Samstag trafen sich die Gläubiger Griechenlands bestehend aus Internationalem Währungsfond, der EZB und der Eurogruppe zusammen mit Repräsentanten der griechischen Regierung, um nach monatelangem Ringen im Schuldenstreit in einem finalen Gipfel endlich zu einer Einigung zu kommen. Denn die Zeit drängt: Am 30.6. ist eine Rückzahlung an den IWF fällig. Blicke diese aus, wäre Griechenland faktisch insolvent. Doch anstatt durch einen Kompromiss den Weg für ein weiteres Rettungspaket frei zu machen und Griechenland so die Möglichkeit einer Zukunft im Euroraum zu ermöglichen, mussten die Verhandlungen am Nachmittag abgebrochen werden.

Der Grund des Abbruchs: Alexis Tsipras hatte am Vorabend in einer Fernsehansprache völlig überraschend ein Referendum über das Spar- und Reformpaket für den kommenden Sonntag angekündigt. Darüber hinaus empfahl er der griechischen Bevölkerung eine Ablehnung des Spar- und Reformpakets. Mit diesem „unfairen Verhalten habe Athen die Verhandlungen einseitig abgebrochen“ so Jeroen Dijsselbloem, Vorsitzender der Eurogruppe. Damit ist die Staatspleite kaum noch abwendbar, die das Land in eine schwere Depression stürzen dürfte. Schnell stellt sich die Frage, was die Strategie, das Kalkül eines solchen Verhaltens ist. Augenscheinlich wollte Tsipras mit der Ankündigung eines Referendums den internationalen Geldgebern ein letztes Mal drohen, um sie zugunsten Griechenlands zum Einlenken zu bewegen.

Die Situation erinnert an eine altbekannte spieltheoretische Idee, die wohl am eindrucksvollsten in einem Aufsatz von Thomas Schelling, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften von 2005, formuliert ist (The threat that leaves something to chance). Die Idee liegt darin, dass man einer ausgesprochenen Drohung mehr Glaubwürdigkeit und Nachdruck verleihen kann, wenn man den „Ausgang des Spiels“ zu einem nicht unerheblichen Maße dem Zufall überlässt. Ziel ist es, der Drohung so viel Glaubwürdigkeit zu verleihen, dass sie die Gegenpartei abschreckt und zum Einlenken bewegt. Tsipras sah offenbar die einzige Möglichkeit, die festgefahrenen Verhandlungen in Bewegung zu bringen, in einem Referendum, das die finale Entscheidung an eine externe Instanz, die griechische Bevölkerung, weiterleitet. Die daraufhin einsetzende Eskalation der Krise mit Bank Run und Kapitalflucht hat neben der Eurogruppe vor allem die EZB unter Druck gesetzt, das nun plötzlich wieder reale Risiko einer panischen Ausbreitung der Krise in der Eurozone zu kontrollieren.

Ob diese finale Drohung von Tsipras wirkt oder er sich verzockt hat, bleibt bis spätestens nächsten Sonntag, dem Tag des Referendums, fraglich. Für die Eurozone, in der

gegenseitiges Vertrauen, Verlässlichkeit der Regeln und Berechenbarkeit der Handlungen unabdingbar für die Lösung zukünftiger Krisen sind, hat der Umgang mit Griechenland richtungsweisende Bedeutung. So ist es nur allzu verständlich, wenn Dijsselbloem sagt, dass alles getan werde, um die Glaubwürdigkeit der Eurozone zu erhalten. Auch wenn dies am Ende bedeutet, sich nicht erpressen zu lassen. Für Griechenland stellen die Verhandlungen ein einmaliges Spiel dar, für die Eurogruppe dagegen ein potenziell wiederholtes Spiel, so dass die Vermeidung zukünftiger Schuldenkrisen vor der Lösung der griechischen Krise das vielleicht wichtigste Motiv ist. In diesem Punkt könnten sich Tsipras und Varoufakis, ein ausgewiesener Spieltheoretiker, geirrt haben.

Daneben geht es bei dem Referendum aber auch darum, die zu verhandelnden Reformen und den langen Reformprozess, vor dem die griechische Bevölkerung steht, demokratisch zu legitimieren. Dabei wäre es grundfalsch, an Griechenland aus dem

Es wäre grundfalsch, an Griechenland ein Exempel statuieren zu wollen.

oben erläuterten Motiv heraus ein Exempel statuieren zu wollen. Die Lehren aus vielen Staatsschuldenkrisen, insbesondere den lateinamerikanischen, zeigen, dass ein Schuldenschnitt am Ende zumeist unerlässlich ist.

Dieser ist faktisch ohnehin schon geschehen: Die mittlerweile überwiegend öffentlichen Gläubiger Griechenlands haben die griechischen Anleihen zu niedrigen Kursen von den vormals privaten Gläubigern, vor allem deutsche und französische Banken, gekauft. Insofern verlangen die öffentlichen Gläubiger gerade die Begleichung jener Forderungen, die die privaten Gläubiger mit dem Verkauf der Anleihen quasi schon abgeschlossen haben.

Ein Schuldenschnitt wäre für Griechenland indes weit hilfreicher als die Einführung einer neuen, dann stark abwertenden Währung. Typischerweise führen Staatsschuldenkrisen zu Kapitalflucht, Abwertung und hohen Zinsen. Es folgen eine Währungs- und Zahlungsbilanzkrise, eine Bankenkrise und eine schwere Rezession, an deren Ende ein Schuldenschnitt steht. Griechenland aber profitiert gerade innerhalb der Eurozone von niedrigen Zinsen und währungspolitischer Stabilität.

Vor diesem Hintergrund geht es darum, Griechenland in der verzweifelten Situation zu helfen und aus der Schuldenfalle zu befreien. Es geht dabei weniger um die Frage von Schuld und Schulden oder gar von Sühne.